

Ungarische Delegation.

Seeresauschuß.

Der Seeresauschuß der ungarischen Delegation setzte gestern vormittags 10 Uhr unter dem Vorsitz des Barons Bela Tallian seine meritorischen Beratungen über das Erposé des Kriegsministers fort.

Delegierter Alexander Simonyi-Semadam (Volkspartei) billigt die Absicht des Kriegsministers, für die Zukunft einen engeren Konnex mit den wirtschaftlichen Kreisen anstreben zu wollen. Redner erblickt hierin eine Gewähr für die Harmonie zwischen der Armee und den nationalen Interessen. Redner führt sodann aus, daß die Persönlichkeit des Kriegsministers dem Ausschuß überaus sympathisch sei. Sein gerades Wesen, seine Offenmütigkeit, seine Achtung vor den Befehlen und sein Wohlwollen gegenüber dem Ungarum haben ihm die Herzen der ungarischen Delegierten zugeführt. Zum Schluß fordert er den Berichterstatter auf, in seinem Beschlusstratrag außer die Verdienste der ungarischen Soldaten auch die der kroatischen und bosnischen Brüder mit Anerkennung hervorzuheben und ihnen den Gruß der ungarischen Delegation zu entbieten. (Zustimmung.)

Delegierter Szöllö erklärt, die Ursache, daß Ungarn bei den Industriebestellungen für das Heer bedeutend verürzt wurde, bestehe darin, daß zwischen dem Kriegsministerium und der ungarischen Industrie kein Kontakt vorhanden sei, welchem Uebel nur so Abhilfe geschaffen werden könne, wenn bei Entlastung des Kriegsministeriums diese Angelegenheiten dem Handelsministerium anvertraut werden könnten. Er fordert einen Ausweis darüber, wieviel Ungarn und wieviel Tschechen bei der Intendantur in Verwendung stehen. Er richtet ferner an den Minister die Frage, ob der Generalstab reorganisiert werden wird; ferner fordert er Aufklärung darüber, wie man die Verfügung, daß die Generalobersten nicht pensioniert werden können, und ihre Bezüge auf Lebensdauer erhalten, mit dem Budget in Einklang bringen könne.

Delegierter Graf Josef Maslath bespricht die Frage der Beobachtungsstationen vom Gesichtswinkel der Demobilisierung, die schon bei einem Sonderfrieden mit Rußland Aktualität erlangt. Die Beobachtungsstationen wären zu rekonstruieren, damit bei einer Quarantäne der Rücktransport unserer Gefangenen aus Rußland keine Störung erleidet.

Delegierter Graf Stephan Lizza führt aus: Hinsichtlich der Requirierungen ereignen sich in der letzten Zeit abermals gewisse Mißstände, die zu Kriegsbeginn wahrgenommen werden konnten, aber aufgehoört hatten, indem gewisse Militärorgane ohne dringende Notwendigkeit Requirierungen vornehmen. Der Erhöhung der Bezüge der Offiziere stimmt Redner bei, die Unteroffiziersfrage wünscht er jedoch derart zu lösen, daß man eine entsprechende Anzahl weiterdienender Unteroffiziere für die Armee sicherstellt. In Besprechung des Sanitätswesens weist Redner darauf hin, daß hervorragende Ärzte unter Militärberufsanzügen von mittelmäßiger Fachbildung gelangt sind und letztere ihre stärkere Macht spüren ließen, was den Soldaten zum Schaden geriet. Auf die Besprechung des Kriegswirtschaftswesens übergehend, meint Redner, zu Kriegsbeginn sei der große Fehler begangen worden, daß die Seeresleitung alles selbst lösen wollte unter Ausschaltung jener Fachmänner, die sich zeitlebens mit Wirtschaftsfragen beschäftigten und die Dinge doch besser verstehen mußten. Das Kriegsministerium und das Armeekommando haben weder den militärischen Interessen noch dem Wirtschaftsleben beider Staaten einen guten Dienst erwiesen, als sie die Einflüsse der bürgerlichen Fachkreise auf dem Wirtschaftsgebiete vollständig ausschlossen. Besonders rächte sich diese Situation bei den militärischen Institutionen, wo hunderte und hunderte Millionen zu Investitionszwecken verausgabt wurden und in Ermangelung entsprechender Sachkenntnisse mancher geschickte Mensch mit guter Suadarieseige Geldsummen zu Investitionszwecken erhalten konnte, die man viel zweckmäßiger hätte verwenden können.

Was die quotenmäßige Beteiligung der ungarischen Industrie an...

nimmt Redner der Auffassung Esterenysis bei, daß wir den Quotenschlüssel bei industriellen Bestellungen während des Krieges außer acht lassen mögen, wobei selbstverständlich unser Recht aufrecht bleibt, daß wir die Geltendmachung des Quotenverhältnisses fordern können, zumal unser Geld zur Fraktifizierung unseres Wirtschaftslebens verwendet werden muß. (Lebhafter Beifall.) Wenn im Kriege geht dies nicht immer, denn wenn wir im vorhinem getrußt hätten, daß der Krieg vier Jahre lang dauern wird, hätten wir schon im ersten Jahr auf vier Jahre hinaus Bestellungen machen können, aber keine Regierung konnte und durfte auf sich die Verantwortung übernehmen, solche Bestellungen vorzunehmen.

Zum Schluß seiner Ausführungen weist Redner mit Nachdruck darauf hin, daß, so wichtig auch die Einbeziehung der beiden Regierungen während des Krieges in die Frage der Bestellungen erscheint, ebenso dringend erscheine sie in der Frage der Demobilisation. Bei der Demobilisation müssen die wirtschaftlichen Interessen beider Staaten in vollem Maße zur Geltung gelangen bei Wahrung der militärischen Interessen, und er akzeptiert als Grundprinzip dasjenige, was der Delegierte Esterenysi ausführte, daß nämlich auch bei der Demobilisation Ungarn das Recht zur quotenmäßigen Beteiligung habe, einfach deshalb, weil wir dies bezahlten, weil dies aus dem gemeinsamen Vermögen der untrigen Teil ist. Er warnt jedoch davor, dieses Prinzip bei der Demobilisation mechanisch zur Geltung zu bringen, weil eben hier die Kompensation in erhöhtem Maße am Platze ist. Den Referentenantrag nimmt er an. (Lebhafter Beifall.)

Delegierter Roland v. Segeß führt unter andern aus: Nachdem der Kriegsminister erwähnt hat, daß die ungarischen Textilfabriken nicht leistungsfähig gewesen seien, ist Redner seinerseits gezwungen, festzustellen, daß die Kriegsverwaltung im Jahre 1914 den ungarischen Webereien die Bestellungen um drei bis vier Wochen später hat zukommen lassen als den österreichischen Fabrikanten, welche letztere dann in der Lage waren, das Rohmaterial und die Halbfabrikate billiger zu besorgen. All diese Verluste gereichten nicht nur Ungarn zum Nachteil, sondern berührten auch die Finanzen der ganzen Monarchie und schädeten sogar die Armee selbst. Schließlich beschäftigt sich Redner des ausführlicheren mit der Valutafrage in den okkupierten Gebieten und weist nach, daß die einzig richtige Lösung der Valutafrage in Serbien gewesen wäre, dortselbst ein serbisches Institut zu errichten, das Banknoten emittiert, und als Unterlage hätten bei diesem Institut die serbischen Staatsgüter, die serbischen Bergwerke und die alten serbischen Dinare dienen können. Dadurch hätten wir vermeiden können, daß unsere Valuta nach Beendigung des Krieges durch die aus den okkupierten Gebieten zurückströmenden, mehrere hundert Millionen Kronen betragenden Banknoten erschüttelt werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Delegierter v. Ullmann dankt dem Kriegsminister für die Erklärung, daß nach Beendigung des Krieges die große Menge der zur Verfügung der Seeresverwaltung stehenden Materialien, Maschinen u. für die Zwecke der Privatwirtschaft zur friedlichen Entwicklung unserer Volkswirtschaft überlassen werden sollen. Wenn jedoch der Kriegsminister hervorhob, daß aus diesem Ueberlassungsprozeß der Zwischenhandel ausgeschaltet werden muß, weist Redner darauf hin, daß zwischen dem Begriff des Handels und der Vermittlung kaum eine Grenzlinie gezogen werden kann, da überall, wo der Produzent nicht unmittelbar mit dem Konsumenten in Berührung tritt, die vermittelnde Rolle des Handels stets zur Geltung kommen muß. Redner hat Kenntnis davon, daß für die verschiedenen Materialien sich schon jetzt seitens einiger Kolonien reges Interesse zeigt und eine teilweise Glacierung im Ausland auch vom Gesichtspunkt der Devisenbeschaffung wünschenswert erschiene. Er würde es am zweckmäßigsten halten, wenn die Bewertung und Verteilung der fraglichen Materialien sowie die Organisierung des umfassenden Komplexes und der damit zusammenhängenden Transaktionen einer eigenen Institution übertragen würde, in welcher das Kriegsministerium, die Industrie, der Handel und die Vertreter der Produktion Platz fänden.

Präsident Baron Tallian teilt mit, daß die Debatte nunmehr vertagt werden wird; der Seeresauschuß dürfe nach dem 11. Jänner zusammentreten; die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab der Kriegsminister vertrauliche Aufklärungen über die Demobilisierung.